

LANDTAGS KURIER



30 JAHRE SÄCHSISCHER LANDTAG

► Seite 16



Seite 3:
Ministerpräsident
erklärt Regierungspolitik
zur Corona-Pandemie



Seite 20:
Dresdner Gesprächskreis
thematisiert Bedeutung
der Meinungsfreiheit



Seite 22:
Travertinfußboden
im Altbaufoyer erzählt
von Bauhaus-Epoche

Ausgabe
8.20



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

im Frühjahr, als Sachsen erstmalig von der Corona-Pandemie erfasst wurde, habe ich Ihnen versichert, unsere Demokratie ist stark und wird sich in der Krise bewähren. In der Tat haben wir es damals gemeinsam und in einem enormen Kraftakt geschafft, die erste Welle zu brechen und auf ein niedriges Niveau abzufachen. Nun sind mit Beginn der kalten Jahreszeit die Infektionszahlen erneut stark angestiegen und haben vielerorts einen kritischen Stand erreicht. Ein zweites Mal wächst in diesem Jahr die Belastung für unsere Gesundheitsämter, die Krankenhäuser, das medizinische Personal, für uns alle. Wir wissen heute aber mehr als vor einem Dreivierteljahr, die jetzt getroffenen Entscheidungen beruhen auf deutlich mehr Erfahrung. Ich bin mir daher sicher, dass wir diese schwierige Zeit abermals gut meistern werden.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für Sachsen sind dennoch gravierend und müssen deshalb im Parlament debattiert werden. Ähnlich wie im Frühjahr, hat der Sächsische Landtag an den zurückliegenden Sitzungstagen entschlossen auf das aktuelle Geschehen reagiert. Kurzfristig setzte das Parlament eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sowie eine anschließende Aussprache über die aktuellen Maßnahmen auf die Tagesordnung. Die Staatsregierung muss ihr Handeln dem Volk und den Volksvertretern erklären, sie muss es überzeugend begründen und um Unterstützung werben. Die aktuelle Ausgabe berichtet über die Debatten ausführlich.

Die parlamentarische Demokratie ist seit 30 Jahren das Herz des wiedergegründeten Freistaates Sachsen. Die konstituierende Sitzung des 1. Sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990 zählt zu den großen Augenblicken unserer Geschichte. In der aktuellen Ausgabe des Landtagskuriers spielt dieses Jubiläum eine besondere Rolle. Den Abgeordneten der ersten Stunde gelang damals eine wahre Kraftanstrengung. Innerhalb kurzer Zeit etablierten sie in Sachsen eine neue gesellschaftliche Ordnung und schafften den Aufbau neuer Strukturen und Institutionen. Wie wichtig die damals getroffenen Entscheidungen waren, merken wir heute, wenn sich unser Gemeinwesen im Sturm gegenwärtiger Ereignisse als stabil und verlässlich erweist.

Dr. Matthias Rößler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

16. Sitzung des Sächsischen Landtags
»Wir haben es in der eigenen Hand, wie die nächsten Monate verlaufen.«
Ministerpräsident fordert entschlossenes Handeln in der zweiten Welle der Corona-Pandemie.....4
16. Sitzung des Sächsischen Landtags
Angriff auf die Werte unserer Kultur und Lebensweise
AfD thematisiert den tödlichen Messerangriff in Dresden von Anfang Oktober.....6
16. Sitzung des Sächsischen Landtags
Alle politische Macht geht vom Volke aus
Fraktionen würdigen 30-jähriges Bestehen des Parlaments.....8
16. Sitzung des Sächsischen Landtags
»Das Coronavirus bestimmt weiterhin unseren Alltag.«
Sozialministerin Petra Köpping stellt sich den Fragen der Abgeordneten.....10
18. Sitzung des Sächsischen Landtags
Grundrechte in Gefahr?
AfD sieht Demokratie durch neues Bundesinfektionsschutzgesetz verletzt.....12
- Hintergrundinformationen zu den Corona-Maßnahmen in Sachsen**.....13

PARLAMENT

- Großer Rundumschlag mit dem Bildungsstärkungsgesetz**.....14
- Laufende Gesetzgebung**.....15

SONDERTHEMA

- Das bewährte Parlament**
Vor 30 Jahren konstituierte sich der 1. Sächsische Landtag.....16

AKTUELLES

- »Was bedeutet Meinungsfreiheit?«**
Streitgespräch zwischen den Journalisten Jan Fleischhauer und Heinrich Wefing.....20
- »Durch günstige Gelegenheit«**
Steinfußboden im Landtagsfoyer erzählt Bauhaus-Geschichte.....22

SERVICE

- Weitere Informationen**.....24

// Titel: Landtagssitzung im Haus der Kirche / Dreikönigskirche Dresden //
Foto: Archiv Landtag

Zweite Welle mit Augenmaß brechen

Foto: S. Floss

// Den Auftakt der 16. Sitzung des 7. Sächsischen Landtags am 4. November 2020 bildete eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Michael Kretschmer. Darin begründete er die neuerlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Zum besseren Gesundheitsschutz wurden die Erklärung sowie die Aktuellen Debatten auf den ersten Plenartag gelegt. In seiner 17. Sitzung am 5. November 2020 fasste der Landtag mehrere Beschlüsse zu Gesetzesvorlagen und Anträgen (siehe Seite 15). Auf Antrag der AfD-Fraktion kamen die Abgeordneten erneut am 19. November zu einer Sondersitzung zusammen. //

»Wir haben es in der eigenen Hand, wie die nächsten Monate verlaufen.«

Ministerpräsident fordert entschlossenes Handeln in der zweiten Welle der Corona-Pandemie

16. Sitzung des Sächsischen Landtags



// Christian Hartmann

// Jörg Urban

// Rico Gebhardt

// Franziska Schubert

// Dirk Panter // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Am Anfang der Debatte betonte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, CDU, es sei überaus wichtig, weitreichende Entscheidungen im Parlament zu debattieren. Der Landtag sei der handelnde Gesetzgeber und die Staatsregierung ihm gegenüber verantwortlich. Sie müsse ihre Politik dem Volk und den Volksvertretern gegenüber überzeugend begründen.

Ministerpräsident: Ausreichend Kapazitäten gewährleisten

Anschließend ergriff Ministerpräsident Michael Kretschmer, CDU, das Wort. Aus Anlass der jüngsten mutmaßlich islamistischen Angriffe in Wien und Dresden drückte er zunächst

// Die Infektionszahlen durch das Coronavirus stiegen in Sachsen zuletzt wieder stark an. Aus diesem Grund sowie wegen der kürzlich verfügten Beschränkungen des öffentlichen Lebens gab Ministerpräsident Michael Kretschmer am 4. November 2020 eine Regierungserklärung im Sächsischen Landtag ab. Sie trug den Titel »Füreinander Verantwortung übernehmen. Miteinander handeln«. //

den Opfern sein Mitgefühl aus. Zugleich mahnte er, es könne nicht nur beim Bedauern bleiben. Man müsse Möglichkeiten finden, Gefährder ohne Asylanspruch abzuschieben. Danach wandte er sich der Corona-Pan-

demie in Sachsen zu. Kretschmer erklärte, das Geschehen habe sich nach dem Sommer dramatisch verändert. Aktuell würden mehr als 1000 Patienten stationär behandelt. Es müsse aber gewährleistet sein, dass

auf den Intensivstationen genug Kapazitäten vorhanden blieben. Dazu bräuchte es umgehend eine deutliche Verhaltensänderung in allen Bereichen, Kontakte untereinander müssten um 80 % gesenkt werden. Die Gesundheitsämter müssten wieder in die Lage versetzt werden, alle Fälle nachverfolgen zu können.



AfD: Aus Fehlern nichts gelernt

Auf den Ministerpräsidenten antwortete direkt Jörg Urban von der AfD-Fraktion. Er warnte, dass viele Familienunternehmen,

Hotels, Pensionen und Gaststätten den kommenden Winter nicht überstehen würden. Die Regierung schließe jetzt genau jene Bereiche des öffentlichen Lebens, die am härtesten an tragfähigen Hygienekonzepten gearbeitet hätten. Es komme daher einer Bankrotterklärung gleich, dass sie es nicht geschafft habe, eine dauerhafte Strategie im Umgang mit dem Coronavirus zu entwickeln. Die Regierung habe aus ihren Fehlern im Frühjahr nichts gelernt. Ein erneuter Lockdown beseitige nicht die bestehenden Defizite. Es bedürfe eines besseren Schutzes von Risikogruppen, der gleichzeitig den Bürgern ihre Freiheit lasse und die Wirtschaft nicht ruiniere. Die Gesellschaft müsse lernen, mit dem Virus zu leben.

CDU: Verantwortung und Kreativität gefragt

Christian Hartmann, CDU, erwiderte, Urban bleibe eigene Vorschläge zum Umgang mit der Pandemie schuldig. Die AfD-Fraktion hätte in den letzten acht Monaten längst einen eigenen Gesetzentwurf formulieren können, sei dazu aber weder willens noch in der Lage. Die Pandemie besitze zurzeit eine erhebliche Dynamik, Gesundheitsämter könnten nur noch 25 % der Kontakte zurückverfolgen. Sie würden aus diesem Grunde nun personell weiter aufgestockt. Hartmann wies außerdem darauf hin, dass es für viele Betriebe mittlerweile um die Existenz gehe. Daher seien die wirtschaftlichen Sonderhilfen notwendig und richtig. Es brauche jetzt wieder gemeinsame Anstrengungen, um mit Verantwortungsbewusstsein und Kreativität die Infektionsdynamik einzudämmen. Ohne gemeinsame Anstrengung ließe sich eine derart schwierige Situation in einem liberal-demokratisch verfassten Rechtsstaat nicht bewältigen.

DIE LINKE: Entscheidungen im Parlament diskutieren

Es gehe in der aktuellen Situation darum, für Akzeptanz gegenüber den notwendigen Entscheidungen zu sorgen, so Rico Gebhardt, DIE LINKE. Deshalb müsse das Parlament im Plenum oder in den zuständigen Fachausschüssen darüber diskutieren, und zwar, bevor etwas verkündet oder beschlos-

BÜNDNISGRÜNE: Akzeptanz schaffen und erhalten

Franziska Schubert, BÜNDNISGRÜNE, schloss sich den Worten ihres Vorredners an. Ihre Fraktion habe alle bisherigen Maßnahmen mitgetragen, gleichzeitig immer wieder deren Verhältnismäßigkeit und Dauer thematisiert. In einer freiheitlichen Demokratie sei es legitim, Regierungshandeln zu hinterfragen, die getrof-

fenen Einschränkungen zu kritisieren, seine Meinung frei zu äußern und zu demonstrieren. Freiheit schließe eine Verantwortung ein, die Gesellschaft nicht weiter zu spalten und sich an Regeln zu halten. Man müsse aber feststellen, dass sich unter dem Deckmantel des Corona-Protestes menschenfeindliches, demokratiefeindliches Gedankengut ausbreite. Bezüglich der Einschnitte und Einschränkungen dürfe es nicht vernachlässigt werden, Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhalten. Grundsatzentscheidungen wie in den letzten Monaten gehörten in die Parlamente.

SPD: Aus dem Frühjahr dazugelernt

Dirk Panter, SPD, konstatierte, Sachsen sei bislang wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich relativ gut durch die Krise gekommen. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie hätten dennoch bittere Schäden verursacht. Besonders hart habe es die Kunst- und Kulturschaffenden, die Gastronomie, die Hotellerie sowie die Veranstaltungsbranche getroffen. Dass den Betroffenen geholfen werde, sei Bundesfinanzminister Olaf Scholz sowie der Regierungsbeteiligung der SPD im Bund zu verdanken. Durch die Krise der letzten Monate habe man viel dazugelernt, etwa indem jetzt in der zweiten Welle Kitas und Schulen geöffnet blieben. Versäumte Bildung könne man nicht bezahlen, Umsatzausfälle schon. Eine offene, geradlinige und ehrliche Kommunikation sei weiterhin notwendig, nur sie schaffe dringend benötigte Akzeptanz.

»Gelingt es uns, das Infektionsgeschehen deutlich zu reduzieren, oder werden wir einen Weg gehen, wie er in anderen europäischen Ländern gerade beschritten wird?«

// Michael Kretschmer

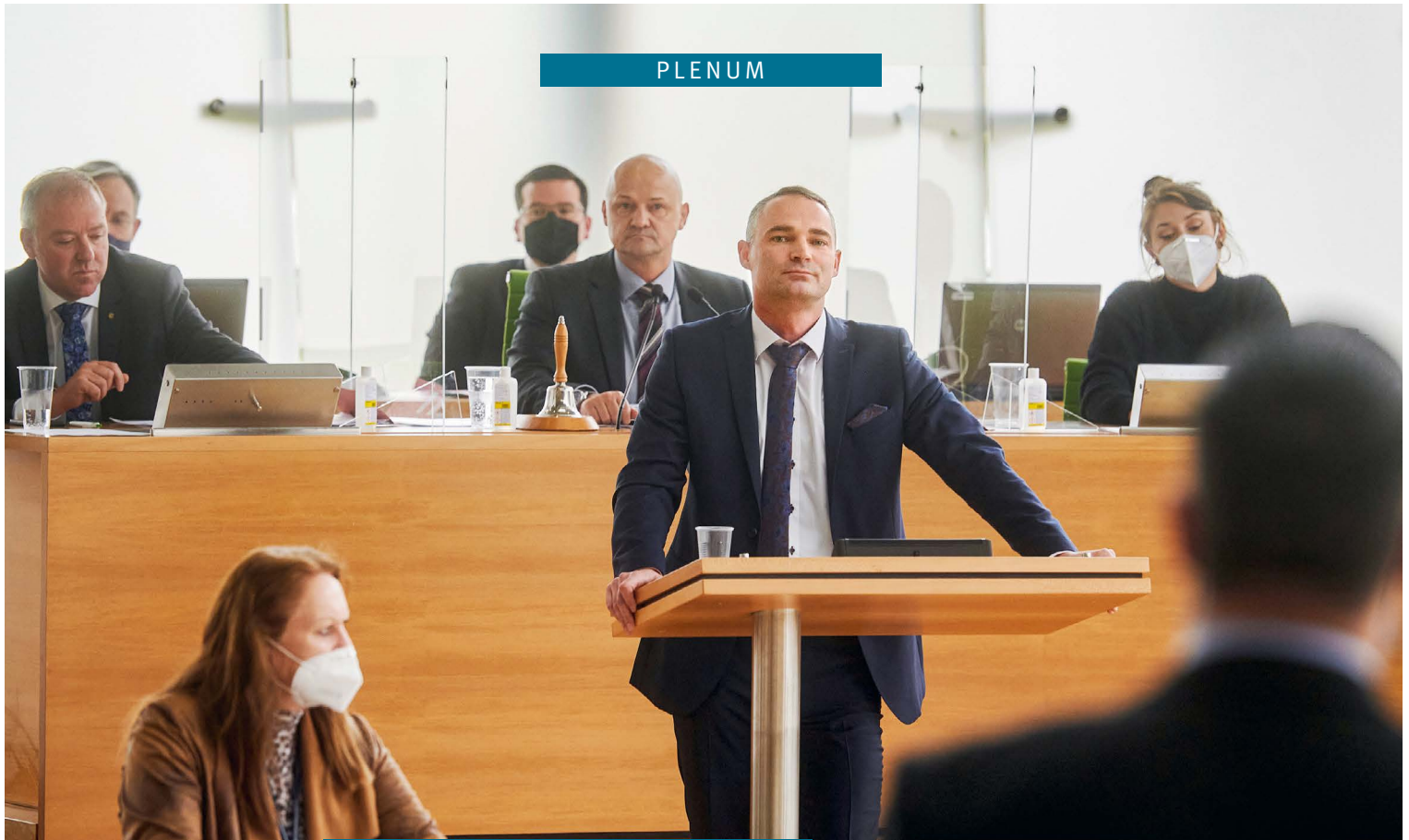


16. Sitzung des Sächsischen Landtags

sen werde. Die zweite Welle breche mit voller Wucht herein, darüber könne niemand überrascht sein. Das Virus sei auch im nächsten Frühjahr noch lange nicht besiegt. Man werde sich noch auf Jahre hinaus damit beschäftigen müssen. Mit Lockdowns erkaufe man sich lediglich Zeit. Gebhardt drückte zudem seine Sorge darüber aus, dass sich Menschen in diesen Zeiten weiter radikalisierten. Man müsse den parlamentarischen Arm der Verschwörungstheoretiker und Corona-Leugner bekämpfen. Dazu brauche es die parlamentarische Auseinandersetzung.

In einem gemeinsamen **Entschließungsantrag** stimmte die Koalition aus CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD unter anderem für eine stärkere Beteiligung des Sächsischen Landtags und der zuständigen Fachausschüsse in der Corona-Pandemie. Gefordert wird weiterhin, für ausreichend zeitlichen Vorlauf zu sorgen und bei allen Maßnahmen die Grundrechte höchstmöglich zu wahren.





Fotos: S. Floss

16. Sitzung des Sächsischen Landtags

Dr. Daniel Thieme

Angriff auf die Werte unserer Kultur und Lebensweise

AfD thematisiert den tödlichen Messerangriff in Dresden von Anfang Oktober

AfD: Konsequente Maßnahmen nötig

Der Angriff reihte sich ein in eine Serie von Anschlägen, eröffnete Sebastian Wippel, AfD, die Debatte. Er zeige nicht nur den beliebigen Schwulenhass eines Extremisten, sondern habe den Werten unserer Kultur und Lebensweise gegolten. Man sei jedoch bereit, diese Werte zu verteidigen. Kritik übte Wippel am Verhalten des Innenministers. Nach dem Messerangriff von Dresden habe er sich im Innenausschuss zunächst nicht zur Tat äußern wollen. Anstatt sich dem Parlament zu stellen, erklärte er sich später, nach

// In einer Aktuellen Stunde am 4. November 2020 diskutierte der Sächsische Landtag auf seiner 16. Sitzung zum Thema: »Messerbrand in Dresden – Gefährder unter uns – worauf wartet Wöller?«. Beantragt wurde sie von der AfD-Fraktion, nachdem es einen Monat zuvor in Dresden zu einem tödlichen Messerangriff gekommen war. //

Festnahme des Tatverdächtigen, zuerst gegenüber der Presse. Unabhängig von diesem Sachverhalt fehle es in Deutschland grundsätzlich an Polizisten, um alle mutmaßlichen Gefährder zu überwachen. Man frage sich, was die Staatsregierung überhaupt getan habe, um Gefährder abzuschieben. Schließlich sei die Aussetzung der Abschiebungen immer wieder mitgetragen worden und daher auch von ihr zu verantworten.

CDU: Wieder Abschiebungen ermöglichen

Rico Anton, CDU, erwiderte, wie immer nach solchen Verbrechen stelle sich die Frage, ob die Tat hätte verhindert werden können und ob es Versäumnisse gab. Die Verlautbarungen der AfD seien in dieser Hinsicht oberflächlich und populistisch. Der Angriff führe einmal mehr vor Augen, dass von islamistischem Extremismus eine töd-

liche Gefahr ausgehe. Man müsse feststellen, dass es in diesem Fall ein schweres Versäumnis seitens des Bundesnachrichtendienstes gab und dieser brisante Hinweise nicht an die sächsischen Behörden weitergegeben habe. Eine anerkennenswerte Leistung sei hingegen die akribische Arbeit der Ermittler gewesen. Sie habe dazu geführt, dass der Täter bereits nach 16 Tagen gefasst werden konnte. Man müsse daran arbeiten, künftig wieder Abschiebungen durchzuführen. Der Schutz der einheimischen Bevölkerung vor ausländischen Attentätern, Terroristen und Schwerkriminellen müsse Vorrang haben.



// Rico Anton



// Sebastian Wippel



// Kerstin Köditz



// Valentin Lippmann



// Albrecht Pallas

DIE LINKE: Freiheit nicht der Sicherheit opfern

Man solle über die Opfer reden, sie beim Namen nennen und ihrer gedenken, empfahl Kerstin Köditz, DIE LINKE. Fanatismus in Worten führe zu Fanatismus in Taten, das zeige sich tagtäglich an vielen Orten der Welt. Die Spirale von Hass und Gewalt dürfe nicht weiter bedient werden, denn genau das spiele jenen in die Hände, die Hass und Gewalt säen. Eine Antwort darauf müsse sein, dass Menschen sich davon nicht beeindrucken ließen und sich gegenseitig couragiert Hilfe leisteten. In diesem Sinne dürfe Freiheit nicht der Sicherheit geopfert werden.

BÜNDNISGRÜNE: Besonnenheit des Rechtsstaates gefragt

Die Attentate der letzten Wochen hätten darauf gezielt, das Herz unserer Demokratie zu treffen, beklagte Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Man erlebe eine Bedrohung, vor der man nicht zurückschrecken, die aber auch nicht sprachlos machen dürfe. Muslime in Sachsen dürften nicht mit radikalen Islamisten und Asylsuchende nicht mit fanatischen Extremisten gleichgesetzt werden. Im Kampf um die Werte der Demokratie griffen einfache Lösungen zu kurz. Man könne nicht jene Werte verraten, die man vorgebe, selbst zu verteidigen. Wer in diesem Land eine freie Gesellschaft verteidigen wolle, müsse auf die Besonnenheit und Klar-

heit des Rechtsstaates vertrauen. Man müsse einsehen, dass es vollkommene Sicherheit nicht gebe und sie nicht durch den Staat garantiert werden könne. Dennoch bedürfe es Aufklärung, ob und welche Fehler gemacht wurden. Die kommende Sitzung des Innenausschusses müsse in dieser Frage Klarheit bringen.

SPD: Neue Welle islamistischer Gewalt

Bundesweit nehme laut eines Berichts des Verfassungsschutzes die Bedrohung durch Islamisten zu, erläuterte Albrecht Pallas, SPD. Es sei gar eine neue Welle islamistischer Gewalt zu befürchten. Dieser Trend könne sich auch in Sachsen fortsetzen. Der Anschlag von Dresden richte sich gegen alle, die in Vielfalt zusammenleben wollten. Die Extremisten schreckten dabei längst nicht vor Mord zurück, wie in den letzten Wochen deutlich wurde. Dankbar könne man daher unter anderem dem Verein »Christopher Street Day« in Dresden sein, der am vergangenen Sonntag zu einer Mahnwache und Schweigeminute aufgerufen habe. Islamistischer Gewalt müssten sich alle, auch Politik, Religionsgemeinschaften und Gesellschaft, entschlossen entgegenstellen. Dazu gehöre es, Islamismus als menschenfeindliche Ideologie klar zu benennen, zu

ächtchen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Behörden sollten in die Lage versetzt werden, mit diesem Phänomen umzugehen.

Staatsregierung: Abschiebung prüfen und durchsetzen

Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner, CDU, drückte im Namen der Staatsregierung den Opfern sein tief empfundenen Beileid aus. Von islamistischen Extremisten ginge eine große Gefahr aus. Man müsse sich mit allen von Recht und Gesetz gegebenen Mitteln dagegen wehren. Im Falle des Angreifers von Dresden sei es eine bittere Erkenntnis, dass dieses Verbrechen trotz aller ergriffenen Maßnahmen nicht verhindert werden konnte. Wer Straftaten bis hin zu Mord begehe, könne nicht erwarten, dass er bei uns Schutz finde.

Wöllner betonte, Gefährder hätten ihr Gastrecht vollständig verwirkt. Für ihre Abschiebung trete der Freistaat Sachsen seit dem Jahr 2018 ein, allerdings gelte seit 2012 in Deutschland ein Abschiebestopp nach Syrien. Um dies zu ändern, wäre es zu prüfen, ob Gefährder und Straftäter in befriedete Gebiete abgeschoben werden könnten. Denkbar wäre auch, diese Personen vom Abschiebestopp auszuklammern. Die damit verbundenen politischen Anstrengungen sei man den Opfern schuldig.



www.landtag.sachsen.de



»Es ist eine bittere Erkenntnis, dass dieses Verbrechen trotz engmaschiger Maßnahmen nicht verhindert werden konnte.«

// Prof. Dr. Roland Wöllner



Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Alle politische Macht geht vom Volke aus

Fraktionen würdigen 30-jähriges Bestehen des Parlaments

// Das Thema der zweiten Aktuellen Debatte am 4. November 2020 lautete »30 Jahre Sächsischer Landtag – starkes Parlament – starke Demokratie – starker Freistaat« und wurde gemeinsam von den Koalitionsfraktionen CDU, BÜNDNIS-GRÜNE und SPD beantragt. //

CDU: Demokratie als Kraftanstrengung

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU, schilderte zu Beginn seine familiären Erfahrungen während der deutschen Teilung. Seine Großeltern und die Tante lebten einst getrennt durch den Grenzzaun im Osten, während er mit seinen Eltern im Westen heranwuchs. Die Wiedervereinigung vor 30 Jahren begreife er daher als großes Glück. Von allein sei der Übergang von der Diktatur zur Demokratie aber nicht verlaufen. Vielmehr habe es einer

riesigen Kraftanstrengung und viel Zeit bedurft, um eine neue staatliche Ordnung zu errichten. Um sie zu erhalten, müsse man das Vertrauen in demokratische Prozesse stärken, miteinander nachdenken und reden. Dazu brauche es das Bewusstsein, dass alle Macht, die der Regierung und den Verwaltungen zukomme, von den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder kontrolliert und hinterfragt werden müsse. Sie hätten es in der Hand, die Freiheit zu nutzen und politische Mitverantwortung zu übernehmen.

»Eine starke Demokratie lebt nicht nur von starken Gewalten, sondern vor allem von überzeugten Demokraten.«

// Katja Meier



16. Sitzung des Sächsischen Landtags

BÜNDNISGRÜNE: Keine Zuschauerrolle

Demokratien schöpften ihre Stärke aus ihrer politischen Kultur, unterstrich Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Sie müssten weiterhin gefördert werden. Ein geeigneter Anlass, um miteinander darüber zu sprechen, biete sich durch das 30-jährige Bestehen des Sächsischen Landtags. In der heutigen Zeit versuchten Einzelne,

große Herausforderungen vor sich. Dazu gehörten die Digitalisierung, die Verkehrswende und der Klimaschutz. Durch die Corona-Pandemie befinde man sich zwar in einer besonderen Situation, dennoch sei es wichtig, sich schon jetzt mit den kommenden 30 Jahren zu beschäftigen. Panter zeigte sich davon überzeugt, dass man Zukunftsinvestitionen in den Blick nehmen müsse. Dazu zählten beispielsweise die

turbelebung ein Schulhausbau aus dem Corona-Fonds finanziert werde. Nicht gerade förderlich sei es außerdem, wenn 80 % der Gesetze mittlerweile von der EU bestimmt würden. In der gegenwärtigen Coronakrise erlebe man in Sachsen, wie CDU, SPD und BÜNDNISGRÜNE den Landtag missachteten. Anstatt einer fairen Auseinandersetzung mit der Opposition gebe es vor allem ritualisierte Ablehnung.

dig, die Fehler der Vergangenheit nicht erneut zu begehen.

Staatsregierung: Neue politische Kultur

Die Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, Katja Meier, BÜNDNISGRÜNE, wies darauf hin, dass Anfang der 1990er-Jahre die ersten Abgeordneten in Sachsen eine neue politische



// Georg-Ludwig von Breitenbuch

// Jörg Urban

// Luise Neuhaus-Wartenberg

// Valentin Lippmann

// Dirk Panter

Entscheidungen von Parlamenten und Regierungen verächtlich zu machen und die Demokratie offen anzugreifen. Eine Antwort darauf biete nur ein Parlament, das sich seiner eigenen Stärke bewusst werde. Es dürfe nicht nur Zuschauer sein, wenn es um schwere Grundrechtseingriffe gehe, wie es gegenwärtig mit den Corona-Schutz-Verordnungen passiere. Vielmehr müsse es sich sein Recht auf Beteiligung sichern, etwa durch Gesetzesbeschlüsse. Gleiches gelte auch für eine ausgeweitete Pflicht der Staatsregierung, den Landtag mit allen notwendigen Informationen zu versorgen.

SPD: Zukunfts- investitionen trotz Krise

Die Erinnerung an 30 Jahre Sächsischer Landtag sei ein guter Grund, nicht nur zurück, sondern auch nach vorn zu schauen, bekräftigte Dirk Panter, SPD. Man habe als Parlament

Kommunikationsnetze sowie die ökologische Umgestaltung des Verkehrs. Weiterhin gelte es, die ökologische Landwirtschaft voranzubringen sowie Zukunftstechnologien auszubauen. Zur Generationengerechtigkeit gehöre eine intakte Infrastruktur und nicht allein die Frage, ob man Schulden vererbe.

AfD: Parlament kontrolliert Regierung

Jörg Urban, AfD, hob hervor, dass das Parlament nicht irgendein Anhängsel sei, das die Entscheidungen der Regierung nur noch legitimiere. Vielmehr müsse das Parlament die Regierung kontrollieren. Es sei zudem seine Aufgabe, den Einfluss von Lobbyisten und Nichtregierungsorganisationen auf die Gesetzgebung transparent zu gestalten. Einen kritischen Punkt sah Urban auch in der Haushaltspolitik. So frage er sich, was vom Königsrecht des Parlaments übrig bleibe, wenn unter dem Stichwort Konjunk-

DIE LINKE: Starke Demokratie benötigt Sozialstaat

Luise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, griff zunächst den Debattentitel auf und fragte, was einen starken Staat ausmache. Nach ihrer Ansicht habe dabei das Gemeinwohl oberste Priorität und Menschen begegneten sich auf Augenhöhe. Ein starker Staat dürfe keine Ungleichheiten zulassen und müsse jedem ein Leben in Würde ermöglichen. Eine Demokratie gehöre unweigerlich mit einem Sozialstaat zusammen. Neuhaus-Wartenberg nahm auch auf die besondere Situation durch die Corona-Pandemie Bezug. In der Krise dürfe keinesfalls der Eindruck entstehen, dass das Parlament nicht ernst genommen werde. Es gehe um eine Parlamentskultur, um Beteiligung und Debatte. Man müsse als Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen, die Folgen der Pandemie mildern und sich besser vor zukünftigen Krisen wappnen. Es sei notwen-

Kultur etabliert hätten und ihnen die große Aufgabe zugekommen sei, eine Demokratie mit Leben zu füllen. Dafür gebühre ihnen heute Dank und Anerkennung. Der Sächsische Landtag müsse aber auch zukünftig immer wieder Antworten auf neue Fragen finden. Eine starke Regierung dürfe keine Angst vor einem starken und selbstbewussten Parlament haben. Nur dann, wenn alle Gewalten ihren verfassungsmäßigen Aufgaben nachkämen, sei auch die Demokratie stark. Darüber hinaus lebe sie durch eine starke Zivilgesellschaft. Die Staatsregierung wolle aus diesem Grund mehr direkte Beteiligungsmöglichkeiten schaffen und sowohl Volksbegehren als auch Volksentscheide vereinfachen. Dazu wolle man dem Bürger mehr Wissen und Informationen zur Verfügung stellen.



www.landtag.sachsen.de



16. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Petra Köpping // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

»Das Coronavirus bestimmt weiterhin unseren Alltag.«

Sozialministerin Petra Köpping stellt sich den Fragen der Abgeordneten

// Die stark steigende Zahl von Infektionen mit dem Coronavirus war Thema der jüngsten Regierungsbefragung am 4. November 2020. Den Abgeordneten des Sächsischen Landtags stand die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Petra Köpping, Rede und Antwort. //

Sozialministerin: Abgestimmte Entscheidungen getroffen

In ihrer Eingangsrede benannte Sozialministerin Petra Köpping, SPD, zunächst eine Reihe von Maßnahmen, die seit dem Frühjahr umgesetzt worden seien. Sie wehrte sich gegen die Kritik, die Staatsregierung habe die letzten Monate untätig verstreichen lassen. Entscheidungen seien nicht allein und im stillen Kämmerlein gefallen, sondern beispielsweise in Ab-



stimmungsrunden mit den Gesundheitsämtern sowie den Landräten und Oberbürgermeistern. Die geschaffenen Corona-Ambulanzen erleichterten notwendige Testungen. Das Sozialministerium habe zudem im eigenen Haus einen Krisenstab gebildet und eine Telefonhotline geschaltet. Bei Besuchsregelungen, beispielsweise in den Pflegeheimen, entscheide man in ausgewogenem Maße zwischen dem Schutz und den Freiheitsrechten der betreffenden Personen.



CDU: Wie sehen die Pläne für ein Reservelager konkret aus?

Die Fragerunde eröffnete Daniela Kuge, CDU. Sie bat um die Einschätzung der Staatsministerin sowie einen Ausblick, wie es um den Aufbau eines zentralen Reservelagers für Schutzausrüstung bestellt sei. Gebe es dazu einen Fahrplan, nachdem die Zahlen bereits öffentlich genannt wurden?

Staatsministerin Köpping verwies darauf, dass der Freistaat Sachsen die Schutzausrüstung beschafft habe, um im Falle eines Mangels reagieren und aushelfen zu können. Das Reservelager sei gedacht als eine strategische Maßnahme für die Zukunft. Gegenwärtig bevorratete man unter anderem 55 000 FFP3-Masken sowie 100 000 Schutzanzüge.



AfD: Warum werden Weihnachtsmärkte abgesagt?

Frank Schaufel, AfD, erkundigte sich nach den Weihnachtsmärkten in Sachsen. Noch im September habe es geheißen, sie sollen stattfinden. Im Freien sei das Infektionsgeschehen nach Meinungen von Experten niedrig. Wie könne es nun erklärt werden, dass dennoch viele Städte ihre Märkte absagen müssten?

Aufgrund des dynamischen Infektionsgeschehens könnten sich getroffene Aussagen ändern, betonte Petra Köpping. Die Infektionszahlen seien in den letzten Wochen deutlich gestiegen. Gegenwärtig befänden sich 1 350 Menschen aufgrund einer COVID-19-Infektion im Krankenhaus, dies zwingt regelrecht zum Handeln.



DIE LINKE: Welche Maßnahmen des Bundes sind bereits umgesetzt?

Susanne Schaper, DIE LINKE, wollte wissen, wie die Stärkung und der Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdienstes, zum Beispiel bei der Digitalisierung und dem Personal, in den vergangenen Monaten vorangekommen seien. Der Bund habe für diese Bereiche konkrete Hilfsmaßnahmen versprochen.

Die Landkreise hätten zur besseren Kontaktnachverfolgung Personal ausgebildet und zur Verfügung gestellt, so Staatsministerin Köpping. Weiteres Personal könne noch abgerufen werden, teilweise auch von der Bundeswehr. Bei der Digitalisierung sei Sachsen ebenfalls gut aufgestellt. Mit Bundesmitteln könne man das vorhandene System weiter ausbauen.



BÜNDNISGRÜNE: Braucht es weiteren Regulierungsbedarf für Pflegeeinrichtungen?

Kathleen Kuhfuß, BÜNDNISGRÜNE, betonte, man habe sich darauf verständigt, in Pflegeeinrichtungen kein absolutes Besuchsverbot zu erlassen, sondern den Menschen das Recht auf soziale Kontakte zu erhalten. Welchen weitergehenden Regulierungsbedarf gebe es in diesem Bereich möglicherweise noch?

Das Besuchsverbot in den ersten Corona-Schutz-Verordnungen war eine äußerst schwierige Entscheidung, bestätigte Petra Köpping. In letzter Zeit seien aber viele positive Möglichkeiten gesucht und gefunden worden, um trotz der Auflagen Kontakte zu ermöglichen. Um weitere Lösungen zu schaffen, stehe man gegenwärtig mit den Einrichtungen und Trägern in Kontakt.



SPD: Wie wurden Fördergelder von sozialen Akteuren abgerufen?

Simone Lang, SPD, lenkte den Blick auf die Akteure im sozialen Bereich. Sie stellte die Frage, wie die bisherigen Rückmeldungen zu den Hilfsprogrammen im Zuge der Corona-Pandemie waren. Außerdem wollte sie wissen, ob diese als ausreichend empfunden wurden.

Sachsen habe dafür gesorgt, dass manche Kinder- und Jugendeinrichtungen gar nicht erst schließen mussten oder zumindest schnell wieder öffnen konnten, erwiderte die Staatsministerin. Die Programme seien gut angenommen worden, sie hätten sich als wirkungsvoll erwiesen. Angesichts der zweiten Welle müsse man über eine zeitliche Verlängerung nachdenken.



// Jörg Urban, Martin Modschiedler, Rico Gebhardt, Valentin Lippmann, Hanka Kliese und Petra Köpping // Fotos: S. Floss

Dr. Daniel Thieme

Grundrechte in Gefahr?

AfD sieht Demokratie durch neues Bundesinfektionsschutzgesetz verletzt

// Am 19. November 2020 trat der Sächsische Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt der 18. Plenarsitzung war der Antrag der AfD-Fraktion »Grundrechte und Freiheit schützen – Ablehnung des Dritten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite im Bundesrat durch den Freistaat Sachsen.« Der Debattentitel bezog sich auf ein Gesetz, das am Tag zuvor von Bundestag und Bundesrat verabschiedet worden war. Der AfD-Antrag fand mit 38 Ja-Stimmen und 70 Nein-Stimmen keine Mehrheit. Elf Abgeordnete fehlten entschuldigt. //

Keine ausreichende Debatte

Das besagte Gesetz zum Bevölkerungsschutz habe mit Volkssouveränität im Sinne des Grundgesetzes nichts mehr zu tun, kritisierte Jörg Urban, AfD. Seit März würde ständig im Krisenmodus und ohne ausreichende gesellschaftliche Debatte agiert. Deswegen gingen die Menschen auf die Straße. Ferner habe die Entscheidung, die Landtagssitzung nicht wie beantragt schon zwei Tage eher

stattfinden zu lassen, der parlamentarischen Demokratie geschadet.

Martin Modschiedler, CDU, betonte, der AfD ginge es nur um Lippenbekenntnisse. Sie würde mit der heutigen Sitzung ein parlamentarisches Schauspiel abziehen. Die Fraktion habe längst Zeit gehabt, eine Debatte zu diesem Thema zu beantragen. Das neugefasste Infektionsschutzgesetz schaffe keine Grundrechte ab, vielmehr werde auf seiner Grundlage jede neue Verordnung geprüft. Die Grundrechte blieben auch zukünftig die Grundpfeiler der Verfassung.

jeden Tag aufs Neue abzuwägen, was an Einschränkungen gerade noch zulässig sei. Seine Partei habe sich seit jeher für den Schutz der Grundrechte eingesetzt. Die AfD hingegen handele verantwortungslos, wenn sie die getroffenen Maßnahmen lächerlich mache.

Fehler eingestehen

Manche würden die eigenen Privilegien, in einem der reichsten und liberalsten Länder der Welt zu leben, überhaupt nicht mehr wahrnehmen, konstatierte Hanka Kliese, SPD. Wer so tue, als sei die Pandemie allein ein politisches Problem, der führe nichts Gutes im Schilde. In einer Demokratie könne man zudem, anders als in einer Diktatur, über Fehler reden, sie eingestehen und wenn nötig, den Kurs korrigieren.

Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, SPD, verwies auf die mittlerweile hohe Belegung in den Krankenhäusern und Intensivstationen mit COVID-19-Patienten. Man müsse handeln, bevor das Gesundheitssystem an seine Grenze komme, daher sei das verabschiedete Bundesgesetz wichtig. Als notwendige Messgröße eigne sich, wie darin festgelegt, die Zahl der Infektionen, aber auch die der schweren Verläufe.

Mangelndes Vertrauen

Das im Bundestag beschlossene Gesetz trage nicht zu einer ausreichenden Rechtssicherheit in der Bekämpfung der Pandemie bei, befand Rico Gebhardt, DIE LINKE. Es stärke auch nicht das dringend benötigte Vertrauen in der Bevölkerung. Für diese Erkenntnis sei jedoch keine eigens einberufene Sitzung notwendig. Indem die AfD von einem »Ermächtigungsgesetz« spreche, relativiere sie einmal mehr die Verbrechen der Nazi-Zeit.

Die Situation im sächsischen Gesundheitswesen habe einen kritischen Punkt erreicht, mahnte Valentin Lippmann, BÜNDNISGRÜNE. Beim Kampf gegen das Virus gelte es,



Im Eiltempo haben Bundestag und Bundesrat am 18. November 2020 eine Neufassung des Infektionsschutzgesetzes beschlossen. Die Gesetzesreform sieht vor, künftige Corona-Maßnahmen auf eine bessere rechtliche Grundlage zu stellen. Unter anderem zählt das neue Gesetz detailliert auf, welche Bestimmungen Bund und Länder konkret ergreifen können, wenn die Infektionen zu stark steigen. Damit die Bundesregierung anhand festgelegter Kriterien spezifische Corona-Verordnungen erlassen kann, muss der Bundestag zunächst eine epidemische Lage von nationaler Tragweite feststellen. Die Bundesländer müssen ihre Verordnungen grundsätzlich auf vier Wochen befristen und begründen. Außerdem muss der Bundestag regelmäßig informiert werden.

Hintergrundinformationen zu den Corona-Maßnahmen in Sachsen

Foto: Mitch Shark/stock.adobe.com

Als über den Sommer die Infektionskurve merklich abflachte, war die Erleichterung groß und das öffentliche Leben kehrte zu einer gewissen Entspannung zurück. Aufgrund schnell steigender COVID-19-Fälle im Oktober musste die Staatsregierung das öffentliche und gesellschaftliche Leben erneut einschränken. Vor allem der Freizeit- und Kulturbereich ist von den Schließungen betroffen. Die Umsatzverluste der Betriebe und Einrichtungen sollen teilweise durch Hilfgelder ausgeglichen werden. Kindertagesstätten und Schulen schließen währenddessen nicht. Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe bleiben unter Auflagen ebenfalls weithin geöffnet.

Die Maßnahmen im Einzelnen

Nach der neuen Corona-Schutzverordnung, die seit dem 2. November 2020 gilt, sind öffentliche Zusammenkünfte

// Im Spätherbst dieses Jahres erlebt Sachsen eine erneute rasche Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2. Der Freistaat reagiert darauf mit strengen Maßnahmen, um die Pandemie einzudämmen. Anders als im Frühjahr bleiben aber Bildungseinrichtungen und Geschäfte weitestgehend geöffnet. //

und Veranstaltungen nur noch mit maximal zehn Personen aus dem eigenen und einem weiteren Hausstand erlaubt. Im privaten Bereich können sich außerdem bis zu fünf Personen aus verschiedenen Haushalten treffen. Wo immer es möglich ist, soll ein Mindestabstand von 1,5 Metern gehalten werden. Vor allem bei Kontakten im öffentlichen Raum wird empfohlen, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen.

Die Kontaktbeschränkungen gelten bis auf wenige Ausnahmen. Diese beziehen sich etwa auf Zusammenkünfte von Religionsgemeinschaften und Versammlungen. Ausgenommen sind auch Sitzungen des Landtags, der Staatsregierung und jener Behörden, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen.

Die Corona-Schutz-Verordnung empfiehlt allen Bürgern

dringend, private Reisen zu touristischen Zwecken und ohne »triftige Gründe« zu unterlassen. Aus diesem Grund sind entsprechende Übernachtungsangebote verboten. Gastronomiebetriebe sowie Bars, Kneipen und ähnliche Einrichtungen dürfen Speisen und Getränke nur zur Lieferung oder Abholung anbieten.

Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie Bäder und Saunen müssen für die Geltungsdauer der Verordnung ebenfalls schließen. Ausgenommen sind von dieser Regelung der Individualsport sowie Profivereine. Untersagt sind mit der Verordnung des Sächsischen Sozialministeriums auch Volksfeste, Jahrmärkte, Messen und Kongresse. Weihnachtsmärkte dürfen – zunächst begrenzt auf November – ebenfalls nicht

stattfinden. Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Zoos, Museen, Musikschulen, Kinos, Theater, Musik- und Konzertveranstaltungsorte sowie Spielhallen, Spielbanken, Wettannahmestellen und sämtliche Prostitutionsstätten sind ebenfalls vorübergehend geschlossen.

WEITERE INFORMATIONEN

Website der Sächsischen Staatsregierung mit aktuellen Fallzahlen für Sachsen:
www.coronavirus.sachsen.de



Bürgertelefon zum Coronavirus in Sachsen:
0800 100 0214,
Montag bis Sonntag,
8 bis 18 Uhr

Informationen für Besucher des Sächsischen Landtags:
www.landtag.sachsen.de

Janina Wackernagel

Großer Rundumschlag mit dem Bildungsstärkungsgesetz



Foto: contrastwerkstatt/stock.adobe.com

// Das Bildungsstärkungsgesetz der Staatsregierung hat sich im Laufe des Gesetzgebungsprozesses der vergangenen Wochen deutlich verändert: Neuregelungen sollen nicht nur Aspekte frühkindlicher und schulischer Bildung abdecken, sondern auch Entlastungen für pandemiebetroffene Studenten bringen. //

Gegen Ende der Sommerferien wurde ein Gesetzentwurf der Staatsregierung federführend an den Ausschuss für Schule und Bildung sowie mitberatend an den Finanzausschuss überwiesen, mit dem umfangreiche Änderungen im sächsischen Bildungswesen vorangebracht werden sollen.

Anhand des vorliegenden Entwurfs soll das Fachkräfteangebot in sächsischen Kitas künftig genauer überwacht werden; um Bedarfslagen besser feststellen zu können, soll Personal in Kindergärten und Horten flexibler eingesetzt werden können; und – besonders wichtig mit Blick auf die Ausbildung künftiger Erzieherinnen und Erzieher – freie Träger von Fachschulen sollen höhere Zuweisungen erhalten, wenn sie auf die Erhebung von Schulgeld verzichten.

Einen Monat nach Beginn des Gesetzgebungsprozesses brachten die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag ein, der dem Entwurf eine weitere Facette hinzufügt: Als direkte Reaktion auf die Entwicklungen der COVID-19-Pandemie soll die individuelle Regelstudienzeit für Studentinnen und Stu-

denten, die im Sommersemester 2020 an einer Hochschule immatrikuliert waren, um ein Semester verlängert werden.

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Studierende abmildern

Die Änderungen im Hochschulfreiheitsgesetz sollen die erheblichen pandemiebedingten Einschränkungen im Sommersemester würdigen und deren Folgen – wie zum Beispiel auslaufende Ansprüche auf BAföG-Leistungen – abmildern helfen. Auch die meisten anderen Bundesländer gehen so vor. Es ist geplant, die Neuregelungen in Sachsen rückwirkend ab Beginn des Wintersemesters 2020/2021 umzusetzen. Sie eröffnen für das Wissenschaftsministerium auch die Möglichkeit, in folgenden Semestern per Rechtsverordnung erneut die individuelle Regelstudienzeit zu verlängern, falls dies angesichts der weiteren Entwicklung der Pandemie nötig werden sollte.

Eine thematisch breit gefächerte Anhörung im Schulausschuss

Entsprechend des breiten Themenspektrums wurden am 16. Oktober 2020 Sachkundige aus den verschiedenen Bildungsbereichen zur Anhörung im Schulausschuss geladen. Deutlich wurde der bereits vorherrschende Fachkräftemangel in sächsischen Bildungseinrichtungen benannt – und auch wenn ein flexibler Personaleinsatz allgemein begrüßt wurde, so gab es doch Warnungen davor, dass der Einsatz von Assistenzkräften die fachliche Qualität in der Kinderbetreuung sinken lassen könnte. Sehr begrüßt wurden die Pläne, die Schulgeldbefreiung für Erzieher in Ausbildung voranzutreiben – eine Ausweitung auf Sozialassistenten in Ausbildung wurde allerdings von mehreren Sachkundigen ausdrücklich gewünscht. Die für Hochschulen vorgesehenen pandemiebedingten Ausnahmeregelungen wurden von allen Sachkundigen begrüßt.

Das ganze Anhörungsprotokoll kann unter dem abgedruckten QR-Code abgerufen werden. Der Schulausschuss und der Wissenschaftsausschuss werden das Gesetz voraussichtlich in ihren Novembersitzungen abschließend beraten.

edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=50070&dok_art=APr&leg_per=7&pos_dok=&dok_id=268045



LAUFENDE GESETZGEBUNG

TITEL EINBRINGER	ERLÄUTERUNG	STATUS
Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, 7/1891 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Die Abgeordnetenbezüge und Altersgelder sollen sich zukünftig an Richtergehältern (R1, Stufe 6) orientieren. Auch die Aufwandsentschädigung und die Kostenpauschale sollen angehoben werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 14.10.2020
Gesetz zur Stärkung der frühkindlichen und schulischen Bildung (Bildungsstärkungsgesetz), 7/3650 Staatsregierung	Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass sog. Kopfnoten an sächsischen Schulen weiter vergeben werden können. Sie sollen verbindlich um eine verbale Einschätzung ergänzt werden.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung am 16.10.2020
Drittes Gesetz zur Änderung des Sächsischen Normenkontrollratsgesetzes, 7/3820 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Der Sächsische Normenkontrollrat unterstützt die Staatsregierung auf den Gebieten des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung. Mit dem Gesetz wird die Arbeit weitergeführt und weiterentwickelt.	Öffentliche Anhörung im Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 14.10.2020
Gesetz zur Schaffung pandemiebedingter Ausnahmeregelungen im Kommunalwahlrecht und im Kommunalrecht, 7/4059 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	In Kommunen und Landkreisen soll es rechtlich möglich werden, im zweiten Wahlgang ausschließlich per Briefwahl zu wählen. Auch soll es den Gremien auf Gemeinde- und Kreisebene zukünftig erlaubt sein, Sitzungen in Form einer Videokonferenz durchzuführen.	Öffentliche Anhörung im Innenausschuss im schriftlichen Verfahren
Sächsisches Gesetz zur Umsetzung der Grundsteuerreform, 7/4095 Staatsregierung	Mit dem Gesetz werden vom Bundesgesetz abweichende Messzahlen festgelegt, um den regionalen Besonderheiten in Sachsen bei der Bewertung des Grundvermögens für Zwecke der Grundsteuer Rechnung zu tragen.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss am 02.10.2020
Gesetz zur Anpassung von Vorschriften mit Bezug zur Justiz, 7/4269 Staatsregierung	Mit dem geplanten Gesetz sollen unter anderem die Voraussetzungen für die Aufnahme in bzw. die Entlassung aus dem juristischen Vorbereitungsdienst präzisiert und maßvoll erweitert werden.	Überweisung an den Ausschuss für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung am 20.10.2020
Zweites Gesetz zur Unterstützung der Kommunen des Freistaates Sachsen zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie, 7/4355 Staatsregierung	Die sächsischen Kommunen spüren die Folgen der COVID-19-Pandemie durch stark gesunkene Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Das Gesetz schafft die rechtliche Grundlage für den von Bund und Land gemeinsam und paritätisch finanzierten Ausgleich.	Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss am 28.10.2020

ABGESCHLOSSENE GESETZGEBUNG

Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Staatsverträge, 7/2804 Staatsregierung	Der Rundfunkbeitrag soll ab 2021 von aktuell 17,50 Euro auf 18,36 Euro monatlich steigen. Die Anpassung folgt einer unabhängigen Empfehlung zum finanziellen Bedarf der öffentlichen Rundfunkanstalten.	beschlossen
Gesetz zur Änderung des Sächsischen Ladenöffnungsgesetzes, 7/3325 CDU, BÜNDNISGRÜNE, SPD	Aktuell beinhaltet das Ladenöffnungsgesetz die Regelung, dass am 31. Dezember die gleichen Öffnungszeiten wie an normalen Tagen gelten. Mit der Gesetzesänderung sollen die Ladenöffnungszeiten am 31. Dezember denen des 24. Dezember angeglichen werden.	beschlossen
Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes, 7/3669 Staatsregierung	Die nach Bildung der Staatsregierung erfolgte Aufteilung der Geschäftsbereiche zieht eine Anpassung des derzeit gültigen Verwaltungsorganisationsgesetzes nach sich.	beschlossen

Die Übersicht zur laufenden Gesetzgebung stellt alle Gesetzentwürfe dar, die bis zum 3. November 2020 neu in den Sächsischen Landtag eingebracht und anschließend beraten oder an die Ausschüsse überwiesen wurden. Unter »Abgeschlossene Gesetzgebung« sind beschlossene oder abgelehnte Gesetzentwürfe aufgeführt.

Dr. Daniel Thieme

DAS BEWÄHRTE PARLAMENT

Vor 30 Jahren konstituierte sich der 1. Sächsische Landtag

// Der Landtag ist das Herz der sächsischen Demokratie. Dem Parlament der Sachsen gehören Abgeordnete aus allen Regionen des Freistaates an. Seit der konstituierenden Sitzung am 27. Oktober 1990 hat sich der Landtag zu einer verlässlichen und handlungsfähigen Institution entwickelt, die sich auch in schwierigen Zeiten bewährt hat. //

Konstituierung im Haus der Kirche

Historisch betrachtet, war die Konstituierung des 1. Sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990 der Schlussstein zur Friedlichen Revolution. Nach der Zeit der runden Tische, des Sächsischen Forums und des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen entstand zunächst der wiedergegründete Freistaat Sachsen am 3. Oktober. Bereits 24 Tage später, nach den ersten freien Landtagswahlen, trat der Sächsische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Da es nach Jahren der Diktatur an einem eigenen Gebäude fehlte, tagten die Parlamentarier zunächst im Saal der Dresdner Dreikönigskirche. Erich Iltgen, der während der Friedlichen Revolution den runden Tisch des Bezirks Dresden leitete, wurde zum ersten Landtagspräsidenten gewählt. Er führte dieses wichtige parlamentarische Amt über vier Wahlperioden bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2009. Iltgen wurde so zu einem Wegbereiter der sächsischen Demokratie.



// Das Landtagsgebäude als Symbol der Demokratie // Foto: O. Killig

Schaffensdrang der ersten Wahlperiode

In der ersten Wahlperiode sahen die damals 160 Abgeordneten die Zeit gekommen, nach Jahrzehnten der Diktatur ein neues politisches System aufzubauen und den dazu notwendigen rechtlichen Rahmen abzuzeichnen. Von 1990 bis 1994 beschloss der Landtag insgesamt 189 Gesetze, die in Sachsen eine neue Rechtsordnung erschufen. Zu den zentralen

Vorhaben zählten die Verabschiedung einer neuen Verfassung sowie die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Erster sächsischer Ministerpräsident wurde 1990 der Wirtschaftsjurist Prof. Dr. Kurt Biedenkopf.

Seine Nachfolge trat im Jahr 2002 der bisherige Finanzminister Prof. Dr. Georg Milbradt an, sechs Jahre später wählte der Landtag Stanislaw Tillich zum Regierungschef. Seit 2017 liegt das Amt in den Händen von Michael Kretschmer. Alle

bisherigen Ministerpräsidenten gehörten der CDU an, die gemeinsam mit den Parteien DIE LINKE und SPD von Anfang an durchgängig im Landtag vertreten ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN waren von 1990 bis 1994 und sind erneut seit 2004 ein Teil des Parlaments, die AfD seit 2014. Die FDP stellte 1990 bis 1994 und zuletzt von 2004 bis 2014 sächsische Landtagsabgeordnete. Über diesen Zweitraum hinweg gehörte auch die NPD dem Sächsischen Landtag an.

Als stilprägend für die ersten Jahre erwies sich der Bau eines neuen Plenarsaales, der an ein bestehendes Gebäude – dem früheren Sitz der SED-Bezirksleitung – angefügt wurde. Seine Errichtung gilt bis heute als wichtigster architektonischer Ausdruck des demokratischen Neubeginns in Sachsen. Am 3. Oktober 1993, nach nur zweieinhalbjähriger Bauzeit, war der aus Glas und Stahl konstruierte Landtagsneubau fertig. Seitdem haben die Sachsen ihr Parlament bei Veranstaltungen, Führungen oder dem Tag der offenen Tür zu Tausenden besucht.

»Die gemeinsame Erinnerung als Fundament unserer politischen Kultur«

Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler
zu 30 Jahren Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Herausforderungen der Zeit

Zu einer der sicherlich größten Herausforderungen für den Landtag erwies sich das Hochwasser von 2002. Am 17. August erreichte die Elbe mit 9,40 Metern ihren historischen Höchststand. Eindringendes Wasser zog das Landtagsgebäude in Mitleidenschaft. An der verbauten Technik und den eingelagerten Akten entstand ein erheblicher Sachschaden, der mit viel Aufwand behoben werden musste.

Das Jahr 2020, das 30. seiner Geschichte, ist erneut eine Bewährungsprobe für den Sächsischen Landtag. Die Corona-Pandemie verschiebt die politischen Prioritäten und verlangt zudem nach verstärkten Hygienevorkehrungen. Das Parlament bewilligte im Frühjahr umfangreiche Hilfsgelder. Plenarsitzungen fanden in reduzierter Form, mit weniger Abgeordneten und gekürzten Tagesordnungen, statt. Wie zu früheren Zeiten zeigt sich auch diesmal, dass sich die Sachsen auf ihr Parlament verlassen können. Das demokratische Herz des Freistaates schlägt heute lebendig.

Auf diesen Augenblick hatten wir lang gewartet: Vor 30 Jahren versammelten sich, nach Jahrzehnten der Diktatur, erstmals wieder frei gewählte Abgeordnete in Sachsen. Am Tag der feierlichen Konstituierung des 1. Sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990 saßen wir Stuhl an Stuhl, Reihe an Reihe, gemeinsam im Saal der Dreikönigskirche in Dresden. Wir wussten, dass wir an diesem Tag ein neues Kapitel der Geschichte aufschlagen würden.

Die Dreikönigskirche steht heute als Symbol für den Beginn einer neuen politischen Ordnung in Sachsen. In ihr vollendete sich die Friedliche Revolution, die 1989 in den schützenden Räumen der Kirchen ihren Anfang nahm. Es ist deswegen durchaus angebracht, sie mit der Frankfurter Paulskirche zu vergleichen, die uns als Geburtsort der deutschen Demokratie gilt. In

Sachsen schloss sich damals ein Kreis, der die christlich-humanistische Idee des Rechtsstaates, der Menschenwürde und der Freiheit als einen neuen Spross erblühen ließ.

Jedes Gemeinwesen ist auf gemeinsame Werte angewiesen. Politische Symbole und Traditionen verleihen ihm seine historische Legitimität. So war es im Jahr 1989, als beim Besuch Helmut Kohls schwarz-rot-goldene Fahnen vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden geschwenkt wurden. Und so ist es auch heute, im Jahr 2020. Die gemeinsame Erinnerung an die Friedliche Revolution und den Aufbau des neuen Staates sind das Fundament unserer politischen Kultur in Sachsen. Unsere Symbolik, unsere Tradition!

Die Konstituierung des Sächsischen Landtags sehe ich heute als Neubelebung einer demokratischen Einrichtung, die in einem großen Zusammenhang zur europäischen Verfassungs-

geschichte steht. Im Mittelalter rangen die Stände den sächsischen Herrschern einst ein Mitspracherecht ab. Jahrhunderte später war es das Volk selbst, das die Herrschaft erlangte. Unsere Demokratie entstand nicht auf geradem Wege, sondern erlebte Krisen und Zäsuren. Das sollten wir uns in diesem Ausnahmejahr und angesichts der aktuellen Bewährungsprobe vor Augen halten. «

30 JAHRE

SÄCHSISCHER LANDTAG



30 JAHRE SÄCHSISCHER LANDTAG

1990

- Erste freie Landtagswahlen nach der Neugründung des Freistaates Sachsen (14. Oktober)
- Konstituierende Sitzung des 1. Sächsischen Landtags im Saal der Dreikönigskirche Dresden (27. Oktober)
- Prof. Dr. Kurt Biedenkopf wird zum Ministerpräsidenten einer CDU-Alleinregierung gewählt (27. Oktober)
- Erich Iltgen wird erster Landtagspräsident (27. Oktober)



1996

- Richtfest für den rekonstruierten Landtags-Altbau (15. April)

1999

- Bundesaußenminister a. D. Hans-Dietrich Genscher spricht im Landtag zum Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober)
- Prof. Dr. Kurt Biedenkopf wird als Ministerpräsident wiedergewählt, CDU-Alleinregierung (13. Oktober)



2004

- Prof. Dr. Georg Milbradt als Ministerpräsident wiedergewählt, CDU bildet erstmals eine Koalitionsregierung mit der SPD (10. November)



1993

- Am Tag der Deutschen Einheit spricht Ignaz Bubis im neuen Plenarsaal des Landtags (3. Oktober 1993)

2001

- Einweihung des rekonstruierten Sächsischen Ständehauses, Sitz des Landtags von 1907 bis 1933 (24. August 2001)



- Einweihung des Landtagsneubaus in Anwesenheit von Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth, erster Tag der offenen Tür (12. Februar)
- Prof. Dr. Kurt Biedenkopf erneut als Ministerpräsident gewählt, Alleinregierung der CDU (6. Oktober)



- Bronzeplastik »Nike '89« auf dem Landtagsvorplatz enthüllt (17. April)



1994

- Spatenstich für den Landtagsneubau und Grundsteinlegung fünf Monate später (Januar 1992 / Juni 1992)
- Verabschiedung der Sächsischen Verfassung durch den Landtag (26. Mai)
- Erster Tag der Sachsen findet in Freiberg statt, der Landtag ist mit vertreten (4. bis 6. September)
- Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR wird vom Landtag eingesetzt (30. Juni)



- Rekonstruierter Landtags-Altbau wird fertiggestellt (18. März)
- Erstmals wird die Sächsische Verfassungsmedaille verliehen (26. Mai)

2000



- Prof. Dr. Georg Milbradt wird zum zweiten Ministerpräsidenten gewählt (18. April)
- Elbepegel erreicht historischen Höchststand von 9,40 m, Hochwasser dringt in das Landtagsgebäude ein (17. August)
- Dr. Helmut Kohl spricht im Landtag zum Tag der Deutschen Einheit (3. Oktober)

1997

1992

2002

Fotos: K. Thiere, S. Döring, S. Giersch, M. Hiekel, S. Floss, O. Killig, Archiv Landtag

2006

- Delegationsreise des Sächsischen Landtags nach Auschwitz und Birkenau (17. Mai)
- Erstmals findet eine Gedenkstunde zum Tag der Opfer des Nationalsozialismus im Sächsischen Landtag statt (28. Januar)



2010

- Rede von Prof. Dr. Norbert Lammert zu »20 Jahre Sächsischer Landtag« in der Dreikönigskirche (27. Oktober)



2016

- Landtag beschließt erneuten Rekordhaushalt (15. Dezember)



2013

- Erste und bisher einzige Änderung der Sächsischen Verfassung durch die Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots (11. Juli)



2019

- Ministerpräsident Michael Kretschmer wird wiedergewählt, Regierungsbildung der CDU erfolgt mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD (20. Dezember)



- Stanislaw Tillich wird zum dritten Ministerpräsidenten gewählt (28. Mai)

2008



- Stanislaw Tillich wird als Ministerpräsident wiedergewählt, Regierungsbildung der CDU mit der FDP (29. September)
- Dr. Matthias Rößler wird zum neuen Landtagspräsidenten gewählt (29. September)

2009



- Stanislaw Tillich wird erneut zum Ministerpräsidenten gewählt, CDU bildet eine Koalitionsregierung mit der SPD (12. November)

2014



- Landtag tagt im Kongresszentrum Dresden und beschließt außergewöhnliche Notsituation aufgrund der Corona-Pandemie (9. April)

2020

30 JAHRE

SÄCHSISCHER LANDTAG IN ZAHLEN

Drucksachen:	82 597	Gesetze verabschiedet:	819
Kleine Anfragen:	61 721	Sitzungen:	668
Große Anfragen:	542	Petitionen:	ca. 24 000
Anträge:	7 218	Untersuchungsausschüsse:	14

Stand: 4. November 2020



- Michael Kretschmer wird zum vierten Ministerpräsidenten gewählt (13. Dezember)

2017

Dr. Thomas Schubert

»Was bedeutet Meinungsfreiheit?«

Streitgespräch zwischen den Journalisten Jan Fleischhauer und Heinrich Wefing

// Jan Fleischhauer, Dr. Matthias Rößler, Anne Hähmig und Dr. Heinrich Wefing // Fotos: R. Lohse

In ihrer Anmoderation stellte Anne Hähmig (DIE ZEIT) die beiden Diskutanten vor. Jan Fleischhauer, heute Kolumnist beim Nachrichtenmagazin FOCUS, studierte in Hamburg Literaturwissenschaften und Philosophie, besuchte die Henri-Nannen-Schule für Journalismus und arbeitete später viele Jahre lang beim SPIEGEL. Heinrich Wefing ist Ressortleiter Politik bei der Wochenzeitung DIE ZEIT. Der promovierte Jurist wuchs ebenfalls in Hamburg auf und begann seine journalistische Laufbahn beim Feuilleton der FAZ. Seit 2008 gehört er der Politikredaktion der ZEIT an.

Freiheit der Meinung kraftvoll verteidigen

In seiner Einführungsrede betonte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler, dass ihn das Thema Meinungsfreiheit seit langem bewege. Das Meinungsklima radikalisiere sich in Deutschland seit Jahren. Besonders in den sozialen Medien tobten sich Hassprediger und Extremisten ungehemmt aus, legten sie ihre Saat des Bösen in den Acker der Gesellschaft. Feindbilder würden hier verbreit-

// Zum Thema »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« fand am 8. Oktober 2020 die jüngste Ausgabe der Veranstaltungsreihe »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« statt. Aufgrund der Hygienevorschriften wurde die Veranstaltung diesmal in den Plenarsaal des Sächsischen Landtags verlegt. Jan Fleischhauer (FOCUS) diskutierte hier mit Dr. Heinrich Wefing (DIE ZEIT). //

tet, es gedeihe der Hass auf Minderheiten, auf Politiker, auf einzelne Menschen. Eine solche Radikalsprache berge Gefahr. Es sei daher nur angebracht, regelmäßig zu fragen, was Meinungs- und Redefreiheit bedeute, was sie ausmache. Eine zivilisierte Gesellschaft müsse die Grenzen des Sagbaren immer wieder bewusst abstecken. Leider komme es dabei mitunter zu einer fehlgeleiteten »Cancel Culture«, die missliebige Stimmen zu unterdrücken suche. Ebenso abträglich sei ein öffentlicher Konformitätsdruck, der Meinungen prüfe und Abweichler sozial ächte. Einer Demokratie tue all das nicht gut.

Meinungsklima außer Kontrolle?

Jan Fleischhauer erinnerte in seinem Impulsreferat an eine

Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2019, in der 71 Prozent der Befragten äußerten, man müsse bei bestimmten Gedanken vorsichtig sein, wenn man sie in der Öffentlichkeit sage. Dahinter, so seine Mutmaßung, stecke weniger eine individuell wahrgenommene Einschränkung der Meinungsfreiheit als vielmehr, dass es wohl insgesamt um das Meinungsklima in Deutschland nicht gut bestellt sei. Dies könne

man den Leuten nicht ganz verdenken, erlebten sie doch immer wieder Versuche, in Form einer »Cancel Culture« über Skandalisierung Diskursgrenzen zu bestimmen. Hinzu komme, dass sich immer mehr Journalisten als politische Aktivisten verstünden.

Hingegen hob Heinrich Wefing auf den grundgesetzlichen Schutz der Meinungsfreiheit ab, der neben einem moralischen auch einen historischen Grund habe. »Die Meinungsfreiheit ist ein Schutz des Bürgers und der Bürgerin gegen den Staat, gegen die Macht.« Zudem sei der Schutz der Meinungsfreiheit »schlechthin konstitutiv« für die Demokratie. Vor diesem Hintergrund stehe es »glänzend um die Meinungsfreiheit in Deutschland«. Nicht irgend-





welche Mächtigen seien das Problem, sondern vielmehr der gesellschaftliche Diskurs sei es, der an vielen Stellen außer Kontrolle geraten sei. Eine laute Minderheit brülle über die Köpfe der Mehrheit hinweg und setze sich am Ende durch. Es brauche daher mehr Selbstbewusstsein der Mitte.



Ende 2020 erscheint der Gesprächskreis »Was bedeutet Meinungsfreiheit?« auch als Heft 13 der Publikationsreihe »DIALOG« zum Nachlesen.

Feigheit und »Shitstorm«

Einig waren sich die Diskutanten darin, dass es etwa falsch sei, wenn Menschen ihren Job verlören oder ihres Amtes entbunden würden, weil sie mit der falschen Person, mit Leuten der »falschen Denkart« öffentlich verkehrt hätten. Hier würde oft zu schnell irgendeinem diffusen öffentlichen Druck nachgegeben. Oder wie am Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine angesehene Institution im Angesicht des »Shitstorms« einknicke und einen Audiobeitrag des Kabarettisten Dieter Nuhr von der Website lösche, nur um ihn später wieder kommentiert bereitzustellen. Das sei, so Heinrich Wefing, »betreutes Hören« und schlichtweg eine Idiotie. Hier versagten Institutionen.

Angesprochen auf den politischen Zeitgeist, sah Jan Fleischhauer eine linke bzw. linksliberale kulturell-mediale Dominanz, die den Debattenraum fülle und versuche, alle Rechten, alle Konservativen draußen zu halten. Das unterscheide das heutige Deutschland von der Bundesrepublik Deutschland Ende der 1960er-Jahre, als die Rollen umgekehrt verteilt waren. Damals wie heute gehe es um Hegemonie und deren Herausforderung durch Methoden der Provokation. Heinrich Wefing widersprach dieser Darstellung von der einst rechten und heute linken Diskursheoheit. Die Dinge seien dann doch etwas unübersichtlicher. In der Wissenschaft gebe es zweifelsohne noch immer zahlreiche »konservative Knochen«. Im medialen Diskurs mische zum


Beispiel die BILD-Zeitung mit, die weit entfernt von linksliberalen Positionen sei.

Meinungskorridor offener gestalten

In der sich anschließenden Diskussion mit dem Publikum kam unter anderem der Appell an die beiden Journalisten auf, insbesondere »an die Macher der ZEIT«, den medialen Meinungskorridor offener zu gestalten und nicht »Teile der Wahrheit« wegzulassen. Heinrich Wefing widersprach und betonte, beispielsweise bei den Themen Energiewende oder Migration zum Teil heftige Debatten innerhalb des Blattes und in der Redaktion ausgetragen zu haben. Trotzdem habe bei der Flüchtlingskrise 2015/2016 zu lange

der Eindruck vorgeherrschte, hier gebe es keine Kritik. Das sei jedoch ein generelles Problem in den Medien und in den Parteien gewesen, was nicht zuletzt auch das Wiederaufleben der AfD begünstigt habe. Dem sprang Jan Fleischhauer bei. Er bemerke in der ZEIT das Bemühen, »dass beide Seiten vorkommen«. Jedoch, und da handele es sich um die schlechte Nachricht, würden eher die älteren Kollegen zu Ausgewogenheit neigen, während der journalistische Nachwuchs aus der Generation der »Millennials« oft »noch viel mehr Haltung« verlange.

Die zweistündige Veranstaltung war gespickt mit Anekdoten und interessanten Exkursen. Sie kann auf dem YouTube-Kanal des Sächsischen Landtags angesehen werden.

 <https://youtu.be/mtmHwCmDlo4>





Anne-Marie Brade

// Deutscher Weltausstellungspavillon 1929 (Rekonstruktion) // Foto: Andreas/stock.adobe.com

»Durch günstige Gelegenheit«

Steinfußboden im Landtagsfoyer erzählt Bauhaus-Geschichte

// Nur die wenigsten Besucher des Altbaus des Sächsischen Landtags wissen, dass sie, wenn sie das dreigeschossige, offene Foyer beschreiten, gleichsam über die Böden des Deutschen Pavillons der Weltausstellung im Barcelona des Jahres 1929 wandeln. Wie es dazu kam, dass die Natursteinplatten des deutschen Beitrags zur Weltausstellung im Foyer eines Dresdner Finanzamts verlegt wurden, ist eine abenteuerliche Geschichte.¹ //

In den späten 1920er-Jahren beschloss der Freistaat Sachsen, dem Missstand abzuwehren, dass das sächsische Landesfinanzamt an bis zu acht verschiedenen Dienststellen über das gesamte Dresdner Stadtgebiet verstreut lag. Man plante daher, im Packhofviertel, unweit der historischen Altstadt, ein zentrales Finanz- und Zollamt zu errichten. Betraut wurden mit der Aufgabe der Oberregierungsbaureisende Max Barthold und Regierungsbaureisende Ernst Tiede. Sie entwarfen ein vierseitiges Karree im Stil der Neuen Sachlichkeit auf dem Grund und Boden, den heute das Ensemble aus Landtagsaltbau und modernem Neubau einnimmt. Einen aufgrund seiner Höhe besonders umstrittenen Teil ihres Gebäudeentwurfs stellte der sechsstöckige Turmbau dar, der auch ein repräsentatives, wenngleich zeitgemäß schlichtes Foyer beherbergen sollte. Dafür vorgesehen war ein Bodenbelag aus kostenintensivem Naturstein.²

Es traf sich, dass just im Januar 1930 die Weltausstellung in Barcelona endete. Auf der Exposition, die sich in ihrem Programm mit Industrie, Sport und auch Kunst befasste, war einer der gefeierten Länderpavillons der Beitrag der Weimarer Republik. Der damals dreiundvierzigjährige Architekt Ludwig Mies van der Rohe hatte mit



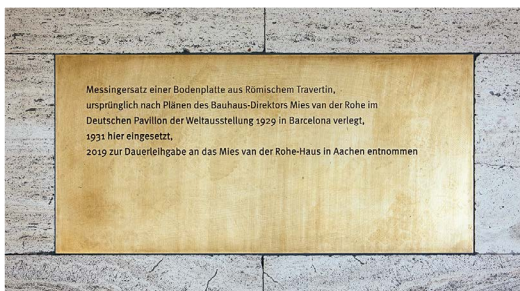
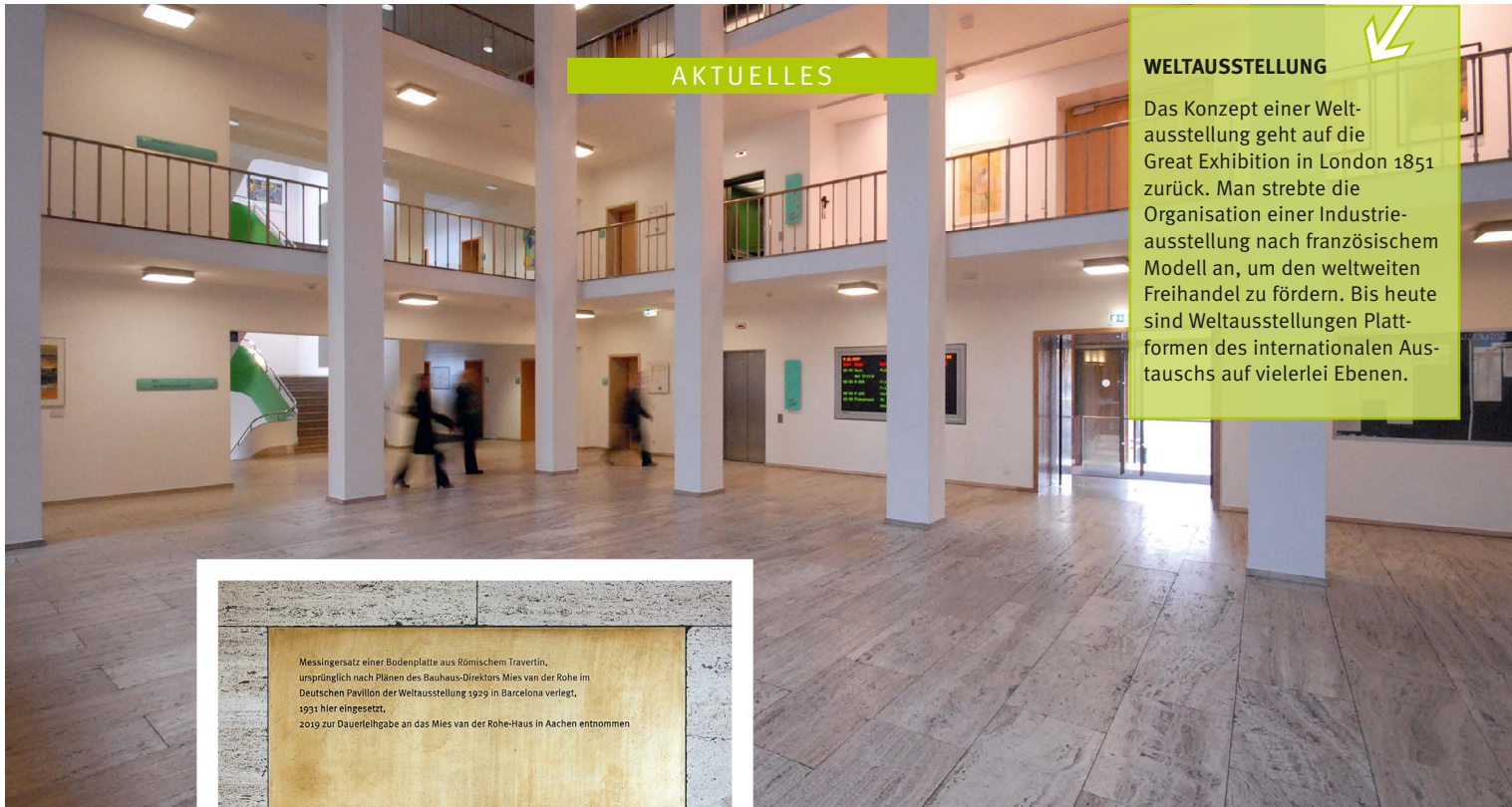
// Entnahme einer Platte // Foto: N. Millauer

dem Barcelona-Pavillon das weltweit erste Gebäude mit freiem Grundriss geschaffen; allein Außenwände und Stützen übernahmen die tragende Last und erlaubten ein freies Spiel mit Begrenzungen innerhalb des Gebäudes. Der Künstler arbeitete als Sohn eines Steinmetzes oft große Flächen verschiedener Natursteine in seine architektonischen Entwürfe ein. Im Barcelona-Pavillon spielte der gezielte Einsatz

von graugrünem Serpentin, rotem Onyxmarmor sowie hellem römischem Travertin eine große Rolle. Mies van der Rohe verbaute etwa 600 m² des graugebänderten, hellbeigen Kalksteins in großen quadratischen Platten.³

Mit Abbruch des Pavillons blieb das Material zurück und die Verantwortlichen bemühten sich umgehend um eine ökonomische Weiterverwendung des Altmaterials. Der damalige stellvertretende Reichskommissar für das Ausstellungswesen des Deutschen Reiches, Erich W. Maiwald, schrieb in nüchternem Behördendeutsch an den Architekten Mies van der Rohe: »Da Sie das Material ja am besten kennen, halte ich es für zweckmäßig, wenn Sie zunächst einmal über eine evtl. Wiederverwendung mit Köster & Gottschalk sprächen, da mir natürlich daran liegt, den Pavillon möglichst bald in irgend-

Das Konzept einer Weltausstellung geht auf die Great Exhibition in London 1851 zurück. Man strebte die Organisation einer Industrieausstellung nach französischem Modell an, um den weltweiten Freihandel zu fördern. Bis heute sind Weltausstellungen Plattformen des internationalen Austauschs auf vielerlei Ebenen.



// Eingangsbereich Landtags-Altbau mit eingelassener Messingplatte (Ausschnitt) //
Fotos: O. Killig, N. Millauer

einer Form zu verwerten.« Wie und ob der Schöpfer besagten Pavillons auf diese Aufforderung reagierte, ist nicht überliefert.

Fest steht, dass zumindest die Travertinplatten aus Barcelona abtransportiert und zunächst in Hamburg zwischengelagert wurden. Es gibt Hinweise darauf, dass ein Dresdner Regierungsbaumeister zuerst auf das in der Hansestadt lagernde Material aufmerksam wurde. In verschiedenen Angebotsanfragen an Steinmetzfirmen nahm er auf die 600 m² Travertin-Fußbodenplatten, die in Kisten verpackt im Hamburger Hafen lagerten, Bezug. In Hamburg war es auch, wo die Platten schließlich durch die Marmorwerke Wandsbek bearbeitet und mittig geteilt wurden. Per Zug ging die Reise vermutlich im April 1931 weiter in die Hauptstadt des Freistaates Sachsen. Am 7. Juli 1931 freute sich der Dresdner Anzeiger: »Durch günstige Gelegenheit stand kostenlos der Travertin-Fußbodenbelag aus dem Deutschen Haus der Weltausstellung in Barcelona zur Verfügung.« Die Verlegearbeiten vor Ort übernahm die Firma Silbach & John aus Dresden und stattete 580 m² des Foyers und der freien Treppe zur ersten Galerie sowie den Umlaufkorridor im ersten Stock mit den Platten aus.

In den bewegten Folgejahren, in denen das Gebäude unter anderem die Nutzung als Finanzamt, Sitz der SED-Stadt- und Bezirksleitung Dresden und Wirkungsstätte verschiedenster kleiner Unternehmen erlebte,⁴ blieb der Boden des Altbaufoyers – oftmals wenig beachtet – erhalten. Auch nach der Rekonstruktion des Gebäudes zwischen 1995 und 1997 für die Nutzung durch den Sächsischen Landtag gab es nur wenige Besucher im Altbau des Parlaments, die um die

Geschichte des Steins wussten. Lediglich eine Nachbildung der Sessel und des Tisches, die Mies van der Rohe seinerzeit ebenfalls für den deutschen Beitrag zur Weltausstellung entworfen hatte, wiesen kundige Gäste des Foyers dezent auf die Herkunft des graugemasterten Fußbodens hin.⁵

Erst zum 100-jährigen Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 sorgte die Entnahme einer Steinplatte aus dem Verband des Hallenbodens für größere Aufmerksamkeit: Der Mies van der Rohe-Haus e. V. in Aachen erhielt sie als Dauerleihgabe. Sie erinnert nun in dessen Geburtsstadt an den berühmten Pavillon des Bauhaus-Architekten. Ausgefüllt wurde die freie Stelle im Foyer des Sächsischen Landtags durch eine Messingplatte, die der Geschäftsführer des Vereins, Thomas Neß, persönlich einsetzte. Sie macht nun endlich alle Besucher auf die Geschichte des Fußbodens aufmerksam, den die »günstige Gelegenheit« dereinst nach Dresden brachte.

MIES VAN DER ROHE

Leben

27.03.1886	Geburt in Aachen
1899 – 1901	Besuch der Gewerbeschule in Aachen und Maurerlehre
1905 – 1907	Arbeit für den Berliner Architekten Bruno Paul, Besuch von Vorlesungen an Berliner Kunsthochschulen
1913	Eröffnung eines eigenen Architekturbüros
1930	Berufung zum Leiter des Bauhauses
1938/39	Emigration in die USA, Berufung als Architekturleiter an das Illinois Institute of Technology in Chicago, erneute Gründung eines Architekturbüros
1944	Annahme der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft
17.08.1969	Tod in Chicago

Werke (Auswahl)

- Grabsteine Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, Berlin (1925/26)
- Deutscher Pavillon der Weltausstellung in Barcelona (1928/29)
- Seagram-Gebäude, New York (1954 – 58)
- Neue Nationalgalerie, Berlin (1956 – 68)

¹ Im Detail ist diese Geschichte nachvollzogen in Neß, T. (2017). Die Geschichte des von »Mies van der Rohe« entworfenen Travertinbodenbelages im deutschen Pavillon der Weltausstellung von 1929 in Barcelona. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Aachen.

² Vgl. auch Sack, M. (1997). Lichte Atmosphäre, helle Köpfe, frischer Geist. Der renovierte, umgebaute, erweiterte Altbau. Dresden, S. 15 ff.

³ Vgl. u. a. Webauftritte der fundació mies van der rohe barcelona, verfügbar unter: <https://miesbcn.com> sowie von Lebendiges Museum Online, verfügbar unter: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/biografie-ludwig-mies-van-der-rohe.html>

⁴ Vgl. Denk, A. & Mazerath, J. (2000). Die drei Dresdner Parlamente. Wolfarthshausen, S. 184 ff.

⁵ Vgl. auch Glaser, G. (1997). Der Umgang mit den Denkmalswerten des Altbaus. Dresden, S. 47 ff.

SERVICE

Früherer Alterspräsident gestorben



Foto: Hiekel

Der Sächsische Landtag gedachte in der Plenarsitzung am 4. November Prof. Dr. Cornelius Weiss. Er verstarb am 27. Oktober 2020 im Alter von 87 Jahren. Cornelius Weiss gehörte in der 3. und 4. Wahlperiode als Abgeordneter dem Sächsischen Landtag an und wirkte hier unter anderem als Vorsitzender der SPD-Fraktion und Alterspräsident. Zuvor arbeitete er als Chemiker an der Universität Leipzig und amtierte von 1991 bis 1997 als deren erster frei gewählter Rektor.

Landtag virtuell erlebbar

Um den Parlamentsbetrieb aufrechtzuerhalten und dazu beizutragen, die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen, verzichtet der Sächsische Landtag zunächst bis Ende des Jahres 2020 auf Besuchergruppen. Bereits gebuchte Programme wurden abgesagt, offene Führungen müssen entfallen. Auch der Besuch von Plenarsitzungen ist zurzeit für Gruppen nicht möglich. Um dennoch einen Blick in den Landtag werfen zu können, empfehlen wir Ihnen unseren virtuellen Rundgang. Eine Videoführung mit dem Jugendreporter Benedict Bartsch erleben Sie auf unserem YouTube-Kanal.



VIRTUELLER RUNDGANG:
<https://www.landtag.sachsen.de/de/landtag/landtagsgebaeude/panorama/panorama/landtag.html>

VIDEOFÜHRUNG:
https://www.youtube.com/playlist?list=PLT81_fjaNuTxlaNGhGE9RAuxz9cYlwKOI



Publikation zur Feierstunde am 3. Oktober erschienen

Eine neue Publikation erinnert an die Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit und der Wiedergründung Sachsens vor 30 Jahren am 3. Oktober 2020. Sie enthält die Ansprachen von Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Michael Kretschmer sowie die Festrede des DDR-Bürgerrechtlers und Bundestagsabgeordneten Arnold Vaatz. Das Heft kann über den Publikationsservice des Landtags bestellt werden.



BESTELLUNG:
publikation@slt.sachsen.de
Tel. 0351 493-5133



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.cshtml



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

Weitere Plenarsitzungen sind vorgesehen am:
16.12. – 17.12.2020
27.01. – 28.01.2021
17.03. – 18.03.2021
27.04. – 30.04.2021
16.06. – 17.06.2021

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream mit Untertitelung auf www.landtag.sachsen.de.

Auch Tagesordnungen, Wortprotokolle und Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt.

Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausgestrahlt.

Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen

CDU
Tel. 0351 493-5601
AfD
Tel. 0351 493-4201
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
BÜNDNISGRÜNE
Tel. 0351 493-4800
SPD
Tel. 0351 493-5700

Besucherdienst

Der Sächsische Landtag ist für Besucher bis auf Weiteres geschlossen. Beachten Sie die Meldung auf der linken Seite.

Fragen zu bestehenden Reservierungen beantwortet Ihnen der Besucherdienst unter Tel. 0351 493 5132.

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei.

Publikationsbestellung und Leserbrief

SÄCHSISCHER LANDTAG
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133, publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbner vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Dr. Daniel Thieme, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Dirk Förster, Heiner Ridder, Janina Wackernagel (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s.o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23 – 35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 19.11.2020

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten. Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.